



PERSONALRATSWAHLEN

Geh wählen

Laut Landespersonalvertretungsgesetz obliegt es dem Personalrat, mit der Leitung der Dienststelle und den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Für den Hauptpersonalrat können wir unumwunden feststellen: Das funktioniert!



Ernst Scharbach

Der HPRP arbeitet mit der Polizeiabteilung eng und gut zusammen – von einzelnen Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten abgesehen, die es immer mal gibt und auch geben muss.

Problematisch wird es, wenn Meinungen diametral aufeinanderprallen. Auf der einen Seite müssen die Belange der Beamtinnen und Beamten sowie der Tarifbeschäftigten konsequent und hartnäckig vertreten werden, auf der anderen Seite darf aber der Gesprächsfaden nicht komplett reißen. Diese Gratwanderung ist in den letzten vier Jahren gut gelungen.

Innerhalb des Gremiums HPRP steht „die Sache“ im Vordergrund. Die Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Gremiums gestaltet sich ausgesprochen konstruktiv – ganz zum Wohl der Beschäftigten.

Im HPRP werden die Maßnahmen eher von der grundsätzlichen Seite aus betrachtet. Viele der Mitbestimmungsvorlagen beziehen sich auf abstrakte Regelungen wie z. B. die Verteilung von Personal und Beförderungsstellen auf die Präsidien und Einrichtungen. Die Umstellung der Ausbildung auf den Bachelor, die Höhere Berufsfachschule, das neue Fortbildungskonzept, Personalförderungsmaßnahmen, Prüfungsordnungen, Tarifangelegenheiten und vieles mehr werden geprüft, den Gesamtpersonalräten und den Personalräten der Einrichtungen zur Anhörung und Stellungnahme vorgelegt, anschließend beraten und letztendlich einer Entscheidung zugeführt. In vielen Arbeitsgruppen des ISM sind Mitglieder des HPRP als „Beobachter“ oder „Berater“ eingebunden. Arbeit, die von der Basis eher nicht so wahrgenommen wird. Aber auch Personalmaßnahmen, die die Schicksale einzelner Kolleginnen und Kollegen angehen, wie Entfernung aus dem Dienst oder Regressverfahren, werden im HPRP behandelt. Bei diesen Fällen handelt es sich oft um Einigungsverfahren, bei denen auch hin und wieder die Einigungsstelle einberufen werden muss.

Dank der modernen EDV-Ausstattung hat sich die Kommunikation mit dem Hauptpersonalrat zwischenzeitlich deutlich verbessert. Viele Anfragen und Unterstützungsanträge, hauptsächlich zu Versetzungs- und Beförderungszeiten, aber auch viele Fragen zum Tarifrecht gehen beim HPRP ein. Wir sind stets bemüht, zeitnah und zuverlässig die vielen Anliegen zu erledigen.



Margarethe Relet

Margarethe Relet: Verhinderung von Personalabbau und Kürzung des Personalausgabenbudgets, Personalplanung durch Einstellung und Übernahme von Auszubildenden, Einstellen eigener Reinemachekräfte und Aus- und Weiterbildung im Rahmen des TV-L sind unsere Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre.

Die GdP-Kandidatenliste ist so aufgebaut, dass jede Behörde und Einrichtung und jede Polizeiparte vertreten ist. Im Tarifbereich gibt es eine Veränderung. Die ehemaligen Arbeiter/Arbeiterinnen- und Angestelltenvertreter/-innen bilden heute eine gemeinsame Gruppe: die Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Sie wählen gemeinsam ihren Kandidaten bzw. ihre Kandidatin.

Interessierte und engagierte Frauen, Männer und Tarifbeschäftigte aus unterschiedlichen Altersgruppen stellen sich für die Arbeit in dem Gremium HPRP zur Wahl. Allen dafür ein herzliches Dankeschön.

Generationen vor uns haben das „Recht“ auf demokratische Wahlen mühsam erkämpft – für uns alle sollte es eine „Pflicht“ sein, von diesem Recht Gebrauch zu machen! Schenkt uns euer Vertrauen für die nächsten vier Jahre Personalratsarbeit.

Unser Appell:

Geh wählen!

Stark, sicher, kompetent!



Gewerkschaft der Polizei

**Personalratswahlen
20.-24. April '09**



GdP-Konferenz auf dem Hahn

Am 2. März trafen sich rund 180 Kolleginnen und Kollegen mit den GdP-Organisatoren und Experten im Tagungszentrum der Landespolizeischule, um mit Impulsreferaten aus arbeitsmedizinischer und ökotrophologischer Sicht, Bestandsaufnahmen, Workshops Thesen zu erarbeiten und mit Innenminister Karl Peter Bruch zu diskutieren.

Die GdP legt zu der Konferenz eine Broschüre auf, in der die Ergebnisse im Detail nachlesbar sein werden. Hier als Auszug für die Deutsche Polizei einige Schlaglichter:

Ernährung und Schichtarbeit

Einzelne Bestandteile der Lebensmittel können schichtdienstspezifischen Beschwerden entgegenwirken. Beispielsweise helfen Proteine und Ballaststoffe in den Zwischenmahlzeiten gegen Ermüdung – das Vermeiden von Koffein und Zigaretten vermindert Einschlafstörungen – ausreichend Wasser wirkt gegen chronische Erschöpfung. Andererseits kann die Anpassung der Mahlzeiteinnahme an die Arbeitszeiten Appetitstörungen sowie Magen- und Darmbeschwerden vorbeugen und gleichzeitig ei-

ne die Leistungsfähigkeit steigernde bzw. die Ermüdung reduzierende Wirkung erreichen.



Begrüßung durch Ernst Scharbach. Im Podium (v. l.) Anna Gabler, Referentin zum Thema Ernährung, und Frank Brenscheidt von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Ernährungsumstellung oder -anpassung kann präventiv wirken, es bedarf aber vor allem der Eigeninitiative.

Arbeitsmedizin/Vorsorgekuren (Workshop 1)

Die neue „Denke“, die mit der Betrieblichen Gesundheitsförderung in der Landesregierung Einzug gehalten hat, muss in der Konsequenz zu einem radikalen Umdenken führen. Wir wollen endlich verpflichtende Vorsorgekuren und zwar unter Einbeziehung bereits in vorbildlicher Weise bestehender und neuer Angebote:

- Stress- und Konflikttraining
- Altersangepasstes Bewegungstraining
- Ernährungsberatung, -umstellung und -training
- Raucherentwöhnung/optional
- Medizinischer Check und Kombination mit Heilbehandlungen möglich, z. B. Ergotherapie pp.

Die Frequenz und die Dauer sind abhängig von Alter und Funktion, etwa der Arbeit im Wechselschichtdienst.

Wir wollen das Argument nicht mehr hören, dass das Beihilferecht Vorsorgekuren nicht zulässt. Wir reden nicht über Luxus, sondern über eine Notwendigkeit für Beschäftigte UND Arbeitgeber. Aus arbeitsmedizinischer Sicht sind **35 Wochenstunden** bei Schichtarbeit sachgerecht.

Ab dem 50. Lebensjahr sollte die Zahl der durch Schichtdienstleistende zu erbringenden Nachtdienststunden sukzessive reduziert werden.

Flexible Arbeitszeitmodelle oder Erhalt der Dienstgruppe als letzte soziale Heimat um jeden Preis – Ein brisantes Thema (Workshop 2)


Aus Sicht der GdP-Personalräte gilt die Maxime, dass nur Regelungen zuge-

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

 DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (0 61 31) 96 00 90
 Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
 Internet: www.gdp-rp.de
 E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
 Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
 Polizeipräsidium Westpfalz
 67621 Kaiserslautern
 Telefon (06 31) 3 69 23 13
 Telefax (06 31) 3 69 23 14
 E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Forststraße 3 a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Anzeigenleiter: Daniel Dias
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96 0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



SCHICHTDIENST

stimmt wird, die mehrheitlich akzeptiert oder gefordert werden und der Rechtslage entsprechen.

Unstrittig ist seit Jahren die Einführung von Jahresarbeitszeitkonten für den Schicht- und Wechselschichtdienst. Die Forderung geht dahin, ein Arbeitszeitrecht

sich auch nicht mehr hinter der Aussage „Wir würden ja gerne, aber der Bund ist zuständig“ verstecken.

Dienst zu ungünstigen Zeiten, Polizeizulage sowie Schicht- und Wechselschichtzulage müssen sinnvoller geregelt und angehoben werden; 5,- Euro DUZ



Die Konferenzteilnehmer mit Minister Bruch (links im Bild) sowie Vertretern der Behörden und Einrichtung der Polizei.

zu schaffen, das einfach zu handhaben ist, die polizeitypischen Belange berücksichtigt und bei dem weder Arbeits- noch Mehrarbeitszeiten verfallen. Mehrarbeit oder Mehr-Arbeitszeit muss dabei aus Fürsorgegründen die Ausnahme bleiben.

Die Auflösung von Dienstgruppen und die Flexibilisierung von Arbeitszeit wird sehr gegensätzlich diskutiert. Für die einen steht die potenziell zu erreichende Arbeitszeitsouveränität durch eigene Planung im Vordergrund, für andere ist die Auflösung der Dienstgruppen als letzte soziale Bastion in einer immer betriebswirtschaftlicher werdenden Polizei geradezu ein Albtraum. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass flexible Arbeitszeitmodelle von einem ausreichenden Personalkörper abhängig sind.

Schichtdienst ist mehr wert Erschwerniszulagen neu regeln (Workshop 3)

Wer den Wechselschichtdienst attraktiv gestalten will, bekommt dies nicht zum Nulltarif. Wer die Flucht aus dem Wechselschichtdienst verhindern will, muss dazu auch Geld in die Hand nehmen. Warme Worte reichen nicht. Und nachdem nun das Land selbst die Zuständigkeit für die Besoldung hat, kann man

für besonders schwierige Zeiten sind der Maßstab. Es muss in gleicher Höhe wie die WSD-Zulage, die nicht mehr mit der Polizeizulage verrechnet werden soll, eine Zulage für die Arbeit nach „Bedarfsorientiertem Dienstplan“ (K 16, Fahndung, BePo) eingeführt werden. Die Zulage für Spezialeinheiten ist auf das Bundesniveau anzuheben. Der Zusatzurlaub für Wechselschichtdienst und Schichtdienst ist deutlich anzuheben. Wir brauchen Regelungen für altersgerechte Arbeit im Schichtdienst.

Personalzumessungs- berechnung und Personalpolitik (Workshop 4)

Der Schicht- und Wechselschichtdienst ist rund um die Uhr für die Bürger da, auch subsidiär für andere BuE, ist entscheidend für das gute Image der Polizei, legt das Fundament für erfolgreiche Arbeit der spezialisierten Polizei, ist Spezialist für den Ersten Angriff auf stetig steigendem Niveau und hat ein Recht auf die Möglichkeit (Chance) zur Eigensicherung in roher werdenden Zeiten.

Die Personalberechnung muss **vor Ort ansetzen** und den Bedarf ermitteln und nicht bei dem zur Verfügung stehenden Personal auf Landesebene, um dann den

Mangel zu verteilen. Für jede Dienststelle soll die Mindeststärke des WSD/SD verbindlich festgestellt werden. Aus der Summe ergibt sich der Bedarf im Land. Dabei müssen natürlich Belastungsindikatoren aus PKS und Unfallstatistik einfließen, aber auch die Einschätzung der Experten vor Ort über erforderliche Schichtstärken und die Einsatzbelastung. Bei der Erfüllung der Mindeststärke zählen nur die, die auch tatsächlich da sind. Bei Unterschreitung dieser Mindeststärke ist sofort nachzubersetzen; dafür ist Personal vorzuhalten, also einzustellen.

Die Personalzumessungsberechnung für die rheinland-pfälzische Polizei muss von der Mangelverteilungsberechnung zur echten und ehrlichen Bedarfsberechnung von unten nach oben weiterentwickelt werden.

Diskussion mit dem Innenminister

Nach fast drei Stunden intensiver Arbeit in den vier parallelen Workshops kamen die Konferenzteilnehmer nach dem Mittagessen wieder im Tagungszentrum zusammen, um die Ergebnisse mit Staatsminister Bruch zu diskutieren. Der Minister zeigte sich beeindruckt von den vorgetragenen Ergebnissen und dankte den Teilnehmern für ihr Engagement.

Er bat die GdP darum, die Workshop-Ergebnisse in der Folge in die Gespräche mit seinem Haus einzubringen.

Konkrete Vorschläge aus den Workshops, zum Beispiel die Einstellung einer Gesundheitswirtin (m/w), die der Betrieblichen Gesundheitsförderung noch etwas mehr Drive geben könnte, wird die GdP mit dem Innenminister nacharbeiten. **BB**

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 23
psw-reisen@gdp-online.de



Einkommensrunde 2009

Kein Traumergebnis – aber ein vertretbarer Kompromiss.

Die Warnstreiks und bundesweiten Aktionen im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Nachdem über 100 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte aus allen Sparten (Polizei, Schulen, Kliniken, Straßenmeistereien, Finanzbehörden und ...) – auf die Straßen gingen und gegen das „diktierte Angebot“ von 4,2% ab 1. 7. 2009 demonstrierten, legten die Arbeitgeber ein verbessertes Angebot vor und gingen in echte Verhandlungen.

Am 28. 2. 2009 konnte der Tarifkonflikt aufgrund eines verantwortungsvollen Kompromisses beendet und wochenlange Erzwingungsstreiks verhindert werden. Kein Traumergebnis, das uns jubeln lässt, aber ein vertretbares Ergebnis in schwierigen Zeiten.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stellten für die Beschäftigten der Länder ihre Forderungen von 8% – mindestens 200 Euro zu einer Zeit auf, in der die „Bankenkrise“ so langsam ihren Lauf nahm. Nach Jahren der Enthaltensamkeit hatten die Kolleginnen und Kollegen einen Nachholbedarf. Die Forderungen waren berechtigt und sehr wohl von dieser Welt.



che Tarifergebnis verdient hätten. Bei gleich bleibender Wirtschaftslage wäre das sicherlich auch möglich gewesen. Heute jedoch befinden wir uns in einer bedrohlichen wirtschaftlichen Situation. Ringsherum sind viele Werte im freien Fall. Klar ist, dass wir diese Misere nicht verursacht haben; aber diese bittere Erkenntnis hilft uns wenig!

Viele Kolleginnen und Kollegen hatten sich einen höheren Abschluss gewünscht, aber realistisch gesehen selbst dieses Ergebnis bei den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht für möglich gehalten. Sie zeigen sich relativ zufrieden und machen es uns gegenüber auch deutlich. Andere jedoch sind enttäuscht und fragen sich: „Wofür bin ich auf die Straße gegangen?“ Sie finden, dass die Gewerkschaften nicht genug gekämpft und herausgehandelt haben. Wären sie aber bereit gewesen, für vielleicht 1% mehr in einen Erzwingungsstreik von evtl. mehreren Wochen zu gehen? Das wäre die Alternative gewesen. Jede Woche, die ohne Ergebnis ins Land gegangen wäre, hätte die Ausgangssituation für uns erschwert. Tarifabschlüsse enden in der Regel mit einem Kompromiss. Und in dieser Runde war das am Verhandlungstisch erzielte Resultat akzeptabel.

Mit dem erzielten Tarifabschluss entwickelt sich wieder ein Gleichklang mit den Beschäftigten bei Bund und Kommu-



Anfang 2008 – auf dem Gipfel der Konjunktur – schlossen die Gewerkschaften mit Bund und Kommunen ein respektables Ergebnis ab. Keine Frage, dass die Beschäftigten der Länder, die vergleichbar gute Arbeit leisten, das glei-

Kurz und knackig

■ Technik/Arbeitsschutz – ein Thema für die GdP

Der GdP-Landesvorstand unterbreitete dem Innenministerium das Produkt POWER SIGNAL der Fa. Klaus Schröder und Wolfgang Beck GbR. Die polizeilichen Anhaltzellen könnten mit einer besseren Beleuchtung ausgestattet werden. Dies würde eine wesentlich bessere Erkennbarkeit erzeugen. Damit verbunden würde die technische Ausstattung, aber auch der Arbeitsschutz für die Kolleginnen und Kollegen erhöht und optimiert werden. Über die Bewertung und Ergebnisfindung durch das ISM werden wir weiter berichten.

Interessierte können weitere Infos von der Geschäftsstelle der GdP in Mainz beziehen. **HK**

nen. Die Kolleginnen und Kollegen der Länder halten den Anschluss und werden nicht weiter abgekoppelt. Durch die Erhöhung in 2009 kommen sie bis auf 10 Euro pro Monat an die Entgelte heran. Im Jahr 2010 übersteigen sie die Werte. Allerdings finden für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im nächsten

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



DAS GEHT UNS ALLE AN

Jahr schon wieder Verhandlungen statt. Ob für sie die Ausgangslage dann allerdings besser ist, kann zurzeit niemand einschätzen.

Die Übernahme des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz war von Ministerpräsident Kurt Beck gegenüber dem Vorsitzenden der GdP – Ernst Scharbach – in einem Gespräch am Streiktag 12. 2. 2009 bekräftigt worden. Auch die Übertragung des Ergebnisses ohne Abstriche auf die Pensionärinnen und Pensionäre wurde zugesagt. Zwar nähert sich Rheinland-Pfalz der Bezahlung bei Bund und den anderen Ländern an, aber das Versäumnis der beiden letzten Jahre kann nicht mehr ausgeglichen werden. „Das traumatisiert uns zwar nicht, ist aber trotz allem ärgerlich, vor allem wenn Bewerber und Bewerberinnen für die Polizei sich besser bezahlende Bundesländer aussuchen“, so Heinz-Werner Gabler, Fachmann für die Beamtenbesoldung.

Wir haben nicht alles erreicht. Wir konnten uns die 8% plus 200 Euro nicht angeln. Wir wollen das Ergebnis aber nicht kleinreden. GdP, GEW, ver.di und



DGB haben gemeinsam zu Aktionen aufgerufen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind gefolgt. Wir haben gemeinsam gekämpft, gestreikt, demonstriert und Solidarität gezeigt. Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte, Pensionäre, junge und alte Kolleginnen und Kollegen haben mit ihrer Teilnahme ein „Wir-Gefühl“ erzeugt, das nicht zu unterschätzen ist. Die Beteiligung von insgesamt ca. 1500 GdP-Mitgliedern an beiden Aktionstagen ist lohnenswert und fand

bei den anderen Gewerkschaften hohe Anerkennung. Dafür danken wir allen Aktiven. Aber wir fordern euch auch auf: Sprecht die Nörgler, die Meckerer, die Zweifler und die Unschlüssigen an. Macht ihnen deutlich, dass eine Stärkung der Gewerkschaften in diesen schweren Zeiten wichtig ist und die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft gelebte Solidarität bedeutet. Ohne Gewerkschaften hätte es keine Tarifverhandlungen und ohne Verhandlungen überhaupt keine Einkommenserhöhung gegeben!

Red

Anzeige

Tarifergebnis:

- Einmalzahlung von insgesamt 40 Euro für Januar und Februar 2009
- Erhöhung des Tabellenentgelts ab 1. März 2009 um einen Sockelbetrag von 40 Euro und dann Erhöhung des Tabellenwertes um weitere 3 Prozent
- Erhöhung des Tabellenentgelts um weitere 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte ab 1. März 2009 um 60 Euro und noch einmal um 1,2 Prozent ab 1. März 2010, Übernahmeregelung bis 31. Dezember 2010 vereinbart
- Verlängerung von Bewährungsaufstiegen und weiteren Regelungen des TVÜ-L
- Laufzeit des Tarifvertrages bis 31. Dezember 2010

§ 18 TV-L (Leistungsentgelt) wird ab 1. Januar 2009 ersatzlos gestrichen.



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



Internet: Private Nutzung lockern

Im Zuge der Öffnung des **Internetzugangs für alle** Kolleginnen und Kollegen hatte der HPRP das Ministerium gebeten, das derzeit geltende strikte Verbot zur privaten Nutzung zu lockern. In anderen Ressorts der Landesregierung ist es schon seit vielen Jahren üblich, dass die Nutzung vor und nach den Arbeitszeiten und in den Pausen gestattet wird. Viele nutzen den Zugang zur Erledigung von Bankgeschäften, zum Abruf ihrer privaten E-Mails oder, oder ... Dieser „Luxus“ sollte auch Polizistinnen und Polizisten zugestanden werden. Zur Klärung dieser Frage wurden nunmehr Gespräche anberaumt, in denen der HPRP von **Jürgen Moser** vertreten wird.

Der Erhebungsbogen zur **Evaluation des § 208 LBG** (Verlängerung der Lebensarbeitszeit) wurde noch nicht an die Behörden und Einrichtungen übersandt – die Zustimmung des Landesbeauftragten für den Datenschutz stehe noch aus ... zum Ärger vieler Kolleginnen und Kollegen, die auf rasche Ergebnisse zur Veränderung der Lebensarbeitszeit hoffen. Entsprechend lassen die versprochenen Verhandlungen zur Veränderung des § 208 auf sich warten. Immerhin ist der Frühling in Sichtweite

Stark, sicher, kompetent!



Gewerkschaft der Polizei

Personalratswahlen
20.-24. April '09

Liste GdP



und es ist immer noch nichts Greifbares passiert!

Die **AG Mehrarbeit** hat sich nach der grundsätzlichen Einigung über Einrichtung und Auftrag der AG erneut getroffen. Dabei wurden die Anregungen aus dem HPRP zum Fragebogen umfassend diskutiert. Die eigentliche Arbeit kann somit starten.

Im Hinblick auf zukünftige **Versetzungs- und Umsetzungsregelungen** soll eine neue AG die Alters- und Geschlechtsverteilungsstruktur überprüfen. Die Verteilungskämpfe um das knappe Personal führten zwischen den Organisa-

tionseinheiten zu vielstimmigem Missmut. Der HPRP wird in der AG durch **Heinz Werner Gabler** vertreten.

Das ISM hatte zunächst geplant, anhand einer schriftlichen Abfrage zu ergründen, inwieweit **uneingeschränkt schichtdienstfähige** Kolleginnen und Kollegen in Tagesdienstfunktionen verwendet werden. Die Abfrage soll nunmehr nicht per Fragebogen, sondern durch strukturierte persönliche Erhebungen erfolgen. Aus Sicht des HPRP die ohne Zweifel sinnvollere Methode.

*Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte),
Ernst Scharbach (Beamte)*

SCHULUNG FÜR WAHLVORSTÄNDE

Fit für die Personalratswahlen 2009

Die Personalratswahlen 2009 in der rheinland-pfälzischen Polizei stehen vor der Haustür. Die GdP setzt auch hier einen Schwerpunkt in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Im umfangreichen Schulungsprogramm des GdP-Landesvorstand RP 2009 (wir berichteten darüber) wurde auch ein Seminar für Wahlvorstände eingeplant.

In den verschiedenen Behörden und Einrichtungen wurden mittlerweile Wahlvorstände gebildet, um die Personalratswahlen formal durchzuführen. Mit einer Tagesschulung für Mitglieder von Wahlvorständen machten Ralf Schreiber und Helmut Knerr vom geschäftsführenden Landesvorstand dieser Tage Kolleginnen und Kollegen für ihren wichtigen Job während der Personalratswahlen im Zeitraum vom 20. bis 24. April 2009 fit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer



kamen aus den Polizeipräsidien der Bereitschaftspolizei, der Landespolizeischule, dem Landeskriminalamt, der Wasserschutzpolizei und der Zentralstel-

le für Polizeitechnik. Im Lehrgespräch wurden Inhalte zum Landespersonalvertretungsgesetz, der Wahlordnung und viele praktische Hinweise vermittelt. **HK**





Große GdP-Seniorenreise 2009

JALTA - Die Perle der Krim vom 03. - 10. Oktober 2009

GdP-Senioren aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gemeinsam am „Schwarzen Meer“. Frühstück, HP im Hotel „Jalta“ in Jalta, es liegt inmitten eines herrlichen Parks. Es verfügt über ein Außenschwimmbad mit erwärmten Meerwasser sowie ein hoteleigener Strand runden das Badeprogramm ab.

Reisepreis pro Person im DZ 1 100,- € EZ-Zuschlag 200,- €

Umfangreiches Ausflugspaket (im Reisepreis unbegriffen), Info bitte über das Reisebüro!



PSW-Gruppen. Baltische Impressionen & Kopenhagen 29.8. - 9.9.2009

Reiseverlauf: Kiel – Stockholm (Schweden) – Helsinki (Finnl.) – St. Petersburg (Russl.) – Tallin (Estland) – Danzig (Gdingen-Polen) – Røerne (Bornholm) – Kopenhagen (Dänem.) – Kiel.

Bei dem Preis handelt es sich um einen Comfort Welcome Preis der limitiert ist, deshalb schnell buchen. Alles Weitere über die Schiffsreise erfahren Sie beim bewährten Team von PSW-Reisen. Rufen Sie an. Schiffsbeschreibung: Das Vier-Sterne-Plus-Schiff besticht durch ein neu gestaltetes architektonisches Konzept und Design. **Reisepreis: ab 1792,- €**

3-Tage-Hotel MARITIM Berlin, Samstag 1.8. – Montag 3.8.2009

Für Kurzentschlossene ein besonderes Hotelkontingent im Sommer in Berlin.

Das Arrangement nennt sich „Berlin ick liebe Dir“

Preis für 2 Übernachtungen p.P. 130,- € im DZ. EZ-Zuschlag 50,- €.



8-Tage-Sonderreise im Herbst nach Mallorca

31. Oktober – 07. November 2009

Wir wohnen im **MARITIM Hotel Galatzo Mallorca**. Noch einmal die Sonne auf Mallorca genießen. Im September 2007 hat das legendäre Tennishotel Galatzo nach umfangreichen Umbau- und Renovierungsarbeiten seine Türen geöffnet. An der Costa de la Calma, zwischen Santa Ponsa und Paguera, liegt das Hotel eingebettet in einem 54.000 qm großen subtropischen Garten in einmaliger Lage auf einer herrlichen Anhöhe.

Reisepreis ca 570,- € p.P. Im DZ. EZ-Zuschlag: 55 €

Mindestteilnehmerzahl 15 Personen. Weitere Infos bei PSW - Reisen GbR.

Ausführliche Reisebeschreibung zu allen Reisen erfragen Sie bitte über das Reisebüro!



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

**Vorankündigung!
-bitte vormerken-**

**5 % Nachlass
als GdP-Mitglied
auf alle Pauschalreisen
- ausgenommen
aufgeführte Reisen.**



SIGGI, die innovative fondsgebundene Rentenversicherung der SIGNAL IDUNA, macht das Leben leichter. Denn SIGGI steht für Sicherheit, Rendite und Flexibilität in einem. Ein Vorsorgekonzept, das Ihnen alle Sorgen abnimmt – zumindest die großen Sorgen rund um Ihre Zukunft.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

Besuch bei der PI Worms

Am Tag nach der Schichtdienstkonferenz auf dem Hahn fanden sich bei der PI Worms Stefanie Loth, Vorsitzende der Landesfrauengruppe, Ingo Schütte, Vorsitzender der Bezirksgruppe Mainz, Clemens Dehos, Vorsitzender des örtlichen Personalrates, und Markus Behringer, Vorsitzender der Jungen Gruppe Mainz, zum Gedankenaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen ein.

Stefanie Loth berichtete von den Ergebnissen der SD-Konferenz vom Vortag. Die Reaktion der Kolleginnen und Kollegen der PI Worms zeigte, dass die GdP die Probleme des Wechselschicht-

probleme aber als völlig untaugliches Mittel angesehen.

Die Evaluation der Lebensarbeitszeitverlängerung war ein weiterer Diskussionspunkt. Die seit Jahren bestehende

Forderung der GdP, die Schichtdienstzeiten zu faktorisieren und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zurückzunehmen, wurde anlässlich der jüngsten Entwicklung im Saarland und Bremen (beide Länder bleiben bei der Pensionierung mit 60 Jahren) wiederholt.

Auf große Resonanz stießen auch die Forderungen der SD-Konferenz nach mehr Gesundheitsschutz. Wenn aufgrund der Personalsituation bei der PI Worms auch Kolleginnen und Kollegen mit höherem Dienstalter im WSD eingesetzt werden müssen, dann müsse der Dienstherr gerade für diese Betroffenen Vorsorgekuren anbie-

ten. Bei aller Vorsorge müsse bei einem bestimmten Alter aber Schluss mit den Nachtdiensten sein, so die Forderung der Anwesenden. Ein großes Thema war der Überstundenberg, der insbesondere durch das Einsatzgeschehen bei Volksfesten und Fußballspielen der Wormatia Worms anwächst. Am 4. April wäre ein Heimspiel mit dem NATO-Gipfel zusammengefallen und die Wormser Polizei hätte ohne Unterstützung der BePo dagestanden. Mit Unterstützung der GdP in Bund und Land konnte eine Spielverlegung erreicht werden!

Vorreiter ist die PI Worms auf dem Gebiet der Telearbeitsplätze. Aktuell gibt es zwei Telearbeitsplätze für Mitarbeiterinnen im Wechselschichtdienst und dem Juwellsachgebiet. Auch von einem Kollegen aus der betroffenen Schicht wurde dies positiv bewertet, insgesamt habe sich die Lösung bewährt. Stefanie Loth zeigte sich damit sehr zufrieden: „Wir werden zukünftig mehr Möglichkeiten der Telearbeit und flexible Teilzeitmodelle in der Polizei benötigen, um eine Vereinbarkeit unseres hochkomplexen Berufes mit einer Familie zu gewährleisten. Die Kolleginnen und Kollegen durchlaufen ein anspruchsvolles Studium zur Vorbereitung auf den Polizeidienst. Es muss auch im Interesse des Dienstherrn sein, dass die Absolventen auch in dem Beruf arbeiten können. Ich möchte mich deshalb auch bei der der PI-Leiterin Tina Horn bedanken, die die Telearbeitsplätze auch nach anfänglicher Skepsis von vielen Seiten durchsetzen konnte.“

Red.



Auf der Wache der PI Worms

dienstes mit ihrer Konferenz erkannt hat. Insbesondere die Frage der Personalstärke wurde lebhaft diskutiert. Clemens Dehos stellte klar: „Mit der momentanen Personalstärke können wir unsere Aufgaben weder zur Zufriedenheit der Bürger noch zu unserer Zufriedenheit erfüllen.“ Die Anwesenden forderten, dass sich die GdP weiter stark für den WSD macht und der Öffentlichkeit Bericht erstattet über die angespannte Personallage. Es dürften nicht immer neue Aufgaben zu Lasten des WSD geschaffen werden. Ingo Schütte erläuterte daraufhin die Idee der GdP, bei der Personalzumessung zuerst dem WSD Personal zuzuweisen und erst dann Tagesdienstfunktionen zu besetzen. Ingo Schütte: „Die PZM muss wieder vom ‚Kopf auf die Füße gestellt werden.““ Es blieben dennoch Zweifel, ob im Hinblick auf die anstehende Pensionierungswelle und die immer neuen Aufgaben die geplanten Neueinstellungen ausreichend sind. Die Übertragung von Aufgaben der Polizei auf die Kommunen (Kommunalpolizei), wie es die Landesregierung plant, wurde zur Lösung der Personal-

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Franz Hasselwander, KG PD Neustadt
Roswitha Landsiedel, KG Vorderpfalz
Heinrich Schuster, KG Südpfalz
Walter Farnschläder,
KG PP/PD Koblenz

Klaus Brag, KG Neuwied/Altenkirchen
Axel Rommel,
KG Westerwald/Rhein-Lahn
Margot Weller, KG Vorderpfalz
Wolfgang Kolling, KG PP Trier

WIR TRAUERN UM

Engelbert Breuer, 88 Jahre, KG PP/PD Koblenz

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

